



Neue Anforderungen an die Polizei in der Auseinandersetzung mit islamistischem Extremismus am Beispiel Berlins

Gary Menzel

Der Berliner Journalist Frank Jansen hat in einem Artikel im Berliner Tagesspiegel am 18.1.2015 unter der Überschrift „Wie tickt der Terror?“ dargestellt, wie sehr sich Terroristen in ihren Absichten ähneln, aber wie höchst unterschiedlich sie radikalisiert werden. Er identifizierte sechs verschiedene Typen, wobei er die speziellere Herkunft der Täter nicht einmal umfassend berücksichtigte. Es sind stets diverse Faktoren, die den gefährlichen Weg in die Radikalisierung ebnen. Deswegen gibt es auch nicht den einen Weg, der Radikalisierung verhindert. Fehlendes Selbstwertgefühl, Gewalterfahrungen im eigenen Elternhaus, geringer sozialer Status, schwacher Bildungsgrad und eine (scheinbare wie tatsächliche) Perspektivlosigkeit sind einige Teilaspekte, die wiederkehrend als quasi stimulierende Faktoren für Radikalisierung wirken.

Hält man sich dazu die menschliche und kulturelle Vielfalt dieser Stadt vor Augen, ist leicht festzustellen, dass es angesichts dieser Verschiedenheit kein generalisierendes Verfolgungskonzept und ganz sicher kein einfach gestricktes Präventionskonzept geben kann. Es existiert eben nicht der eine Faktor zur Radikalisierung, den man beheben könnte, so wie eben auch der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt, viele Vorläufer hat, die ihm den Weg bereiten.

Nur vor diesem Hintergrund lassen sich nachhaltige Präventionskonzepte entwickeln – auch für die Berliner Polizei. Es müssen protektive Faktoren geschaffen werden, die einen Ausgleich oder eine Reduktion gewaltfördernder Prozesse schaffen. Das ist – gerade im Bereich der Prävention – keine allein polizeiliche Aufgabe. Aber die Beteiligung der Polizei in entsprechenden Netzwerken muss auch für Träger sozialer Belange und in Anerkennung der präventiven Leistungs- und Beratungsmöglichkeiten der Polizei eine partnerschaftliche Selbstverständlichkeit sein.

Natürlich müssen Präventionskonzepte der Polizei auch immer den repressiven Ansatz berücksichtigen. Und es wird immer den Tanz auf der Rasierklinge bedeuten, durch präventive Einsätze für Vertrauen und Verständnis zu werben, gleichzeitig aber als Polizei eben auch strafverfolgend tätig werden zu müssen. Gerade gegenüber Menschen mit unterschiedlicher kultureller Identität ist dies nicht unproblematisch. Während im mitteleuropäischen Raum so ziemlich jedes Kind lernt, sich im Krisenfall vertrauensvoll an die Polizei zu wenden, kämen in Afghanistan kaum Eltern auf die Idee, ihre Kinder dahingehend zu erziehen. Hier wird große Distanz zu behördlichen Institutionen gehalten. Angst, Misstrauen bis hin zu Hass und offene Verachtung aus den unterschiedlichsten Motiven werden Polizisten entgegengebracht. Angesichts der immensen Flüchtlingsströme aus den Krisenherden südlich und östlich Europas wird sich die Zahl derer, die der Polizei grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen, deutlich erhöhen, werden unsere Beamten dies wahrscheinlich auch körperlich verspüren. Und die Fluchten ereignen sich ja gerade wegen der extremistischen Erfahrung und Positionen in den Krisenländern. Auch die ethnischen und religiösen Streitigkeiten machen nicht an den Grenzen halt. Es ist naiv zu glauben, in den Flüchtlingsströmen wären nicht Fanatiker zu finden, die in diesen Wellen mitschwimmen.

Gleichwohl gilt es, staatlich Durchgriffsansprüche zu gewährleisten, und dazu gehört auch die Möglichkeit, sich angemessen dem terroristischen Umfeld entgegenzustellen. Es mag widersprüchlich klingen, aber zu einem präventiven Konzept gehört auch eine angemessene Ausbildung und Bewaffnung für den Fall, dass Täter militärische Mittel einsetzen. Diese Lektion mussten wir beim Olympiaattentat in München 1972 schmerzhaft lernen. Gegenwehr muss möglich sein, ohne dass es deswegen zu einer Paramilitarisierung der Polizei kommen soll. Die politische Diskussion darüber hat erst zaghafte begonnen.

Unbestritten sind viele der Flüchtlinge traumatisiert, haben Kinder und Jugendliche viel Gewalt erleben oder am eigenen Leib erfahren müssen. Und hier schließt sich für mich ein Kreis in der Präventionsarbeit. Wenn sich die „Kids“ aus Kreuzberg und Schöneberg mit Migrationshintergrund, aber hier geboren und aufgewachsen, schon sozial benachteiligt und ausgegrenzt fühlten und dies ein Erklärungsansatz für deren Gewaltbereitschaft und Orientierungslosigkeit

keit war, wie entwurzelt muss sich dann erst ein Flüchtlingskind aus Mali, Syrien, dem Irak oder Afghanistan fühlen, dem vielleicht nicht einmal mehr die Eltern geblieben sind? Wie schnell entsteht da weiterer Nährboden für Radikalisierung jedweder Art?

Blicken wir noch einmal auf Berlin: In Schöneberg hatte ich es mit Jugendlichen unterschiedlichster Hintergründe zu tun, die mit wenig Gewalt, aber viel testosterongesteuertem Imponiergehabe ihre Nachbarschaft in Angst und Schrecken versetzten. Sie beschwerten sich über die Ausgrenzung, die sie erlitten, waren aber nicht ohne Stolz, weil sie sich mit der produzierten Angst eines gewissen – wenn auch fragwürdigen – Respekts erfreuten. Als sie sich in einer Vielzahl von Gesprächen und gemeinsamen Aktivitäten mit Polizei, Jugendamt, Nachbarn und Trägern von Sozialeinrichtungen wirklich ernst genommen fühlten, waren sie in der Lage, ihr eigenes Verhalten selbstkritischer zu beleuchten. Schnell, und aus polizeilicher Sicht relativ aufwandsarm, waren nächtliche Ruhestörungen und aggressive Auseinandersetzungen auf der Straße vorbei. Einsätze mit ganzen Hundertschaften konnten völlig entfallen – die Prävention gravierender Straftaten war gelungen.

Schwieriger, auch bedeutend größer war das Problem von Raubtaten in Kreuzberg. Das „Abziehen“ von Geld, Kleidung und Handys war vor einigen Jahren fast schon ein Schulsport. Die Täter waren alle (Achtung: verschiedene Faktoren folgen!) jung, männlich, bildungsfern, mit geringem Einkommen und schwachem Sozialstatus und ja, zu 90 % mit einem türkischen Migrationshintergrund.

In einem abgestimmten Prozess bemühten sich bis zu 27 Organisationen – darunter auch die örtliche Polizei – um besagte Klientel. Wie im Schöneberger Beispiel erfolgte auch hier vor allem eine Schärfung des Problembewusstseins bei den potenziellen oder tatsächlichen Tätern. Es war von vornherein klar, dass wir nicht flächendeckend bei den Jugendlichen aus Saulus den Paulus erschaffen konnten. Aber wir stellten den vielfältigen kriminogenen Faktoren viel Kommunikation, andere Perspektiven und alternative Handlungsmöglichkeiten entgegen. Um beim eingangs verwendeten Bild zu bleiben: Wir schöpften das Wasser trotz tropfenden Hahns aus dem Fass, um das schnelle Überlaufen zu verhindern.

Mir scheint dies ein Erfolg versprechender Präventionsansatz auch für den islamistischen Extremismus zu sein. Zweifelsohne hat der Gesetzgeber reagiert und strafrechtliche sowie strafprozessuale Verschärfungen in der Verfolgung ermöglicht, sei es für die Mitgliedschaft oder die Unterstützung extremistischer Vereinigungen oder der Verfolgung von Hasskriminalität. Daneben müssen aber Gesprächsangebote und Aufklärung stehen, die in erster Linie von der Zivilgesellschaft, aber auch von der Polizei angeboten werden müssen.

Dabei werden große Herausforderungen an uns gestellt, zumal die Sprachbarriere im Vergleich zu den hier geborenen Jugendlichen die Situation deutlich verschärft. Die Berliner Polizei ist in Bezug auf den Umgang mit ethnischen und religiösen Minderheiten aber gut aufgestellt. Über die Arbeitsgruppe Integration und Migration (AGIM) verfügt die Polizei über herausragende Kontaktmöglichkeiten in ihren örtlichen Direktionen zu allen Migrantenorganisationen. In nunmehr vier Jahrzehnten ist es gelungen, in engen und vertrauensvollen Kontakt zu treten. Nicht nur in der Neuköllner Şehitlik Moschee sind Polizisten gern gesehene Partner der Moscheevereine.

Die Konsensfindung mit allen religiösen Verbänden über die säkulare Staatsform muss eine allgemeingültige Grundlage der Zusammenarbeit sein. Integration, Teilhabe und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben fordert dann eben auch die Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen, ja, die aktive Unterstützung im Umgang mit einer radikalisierenden Religionsausübung. Insofern haben die Tätigkeiten der AGIM hohe Bedeutung in der Netzwerkarbeit gegen islamistischen Extremismus.

Angesichts der starken Zuwanderung aus muslimischen Ländern wird sich aber auch das Straßenbild bei uns verändern. Die meisten Muslime in der Stadt hatten einen türkischen, vom Kemalismus geprägten und damit deutlich säkularisierten Hintergrund bezüglich der Religionsausübung. Es steht zu erwarten, dass Flüchtlinge aus dem Nahen und Mittleren Osten dieses Bild zumindest verschieben werden. Der damit verbundenen innermuslimischen Diversität muss auch die Polizei Rechnung tragen. Es spricht einiges dafür, diese Arbeit der vertrauensvollen Verbindungsaufnahme und Kooperation möglichst dezentral zu gestalten. Auch so lässt sich Radikalisierung unter neuankommenden Flüchtlingen gemeinsam mit den muslimischen Vertretern eindämmen.

Zentral ist dafür die betreuerische Funktion der Polizei im Sinne einer bürgernahen Kooperation und kiezorientierter Netzwerkarbeit – und zwar dort, wo sie derzeit am dringendsten benötigt wird: in den Flüchtlingsheimen und deren Umfeld. Durchaus überlegenswert ist, die Zahl der Präventionsbeamten in den Polizeiabschnitten zu verstärken und mit den Kontaktbereichen enger zu verzahnen. Die Vermittlung der Hintergründe von Flüchtlingsschicksalen und, trotz bereits vielfach erfolgter Anstrengungen, der Transfer interkultureller Kompetenz muss insbesondere für diesen Personenkreis vorangehen.

Um dies zu erreichen, arbeitet die Polizei Berlin mit dem Projekt „Hayat Deutschland“ zusammen, einer Beratungsstelle für Deradikalisierung des Zentrums für demokratische Kultur (ZdK). Im dritten Ausbildungsabschnitt werden so bereits angehende Polizisten für das Thema sensibilisiert. Und es ist grundsätzlich auch unschädlich, Sprachbarrieren für Polizisten in der Form zu überwinden, dass diese vereinzelt auch in einfacher Form die arabische Sprache gebrauchen können. Die Polizisten im Kiez müssen auf die neuen Herausforderungen angemessen reagieren können. Die bestehenden muslimischen Vereine sind aufgerufen, den Transfer interkultureller Kompetenz ihrerseits zu begleiten, denn Transfer ist keine Einbahnstraße. Das Verständnis für die kulturellen Werte Mitteleuropas zu fördern, ist nicht allein Aufgabe deutscher Behörden.